

nauso entschieden vorzubringen, und das fast einstimmig.

SPIEGEL: Durch Parteidisziplin?

GONZALEZ: Nicht durch Disziplin, sondern durch die Fähigkeit, sich der neuen Situation zu stellen.

SPIEGEL: Aber die Jungsozialisten und die über eine Million Mitglieder zählende sozialistische Gewerkschaft haben sich öffentlich gegen die Nato ausgesprochen.

GONZALEZ: Beide hatten auf ihren Kongressen Resolutionen für den Austritt aus der Nato gefaßt. Bis zum nächsten Kongreß müssen sie sich daran halten und können keine gegenteiligen Parolen ausgeben.

SPIEGEL: Liefern Sie mit dem Nato-Referendum nicht politisch unbedeutenden linken Splittergruppen einen Kristal-

GONZALEZ: Das ist schon möglich, daß man zuviel vom Wähler verlangt. Aber in Wahrheit stärkt der Volksentscheid die Demokratie. Zum ersten Mal seit 30 Jahren ist ein neues Land dem Bündnis beigetreten. Wie soll man das machen, wenn nicht per Referendum? Was würden denn die Deutschen tun, wenn sie jetzt erst in die Nato wollten? Sicher auch ein Referendum abhalten!

SPIEGEL: Ihre Regierung hat den Verbleib in der Nato an drei Bedingungen geknüpft: keine volle militärische Integration, keine Atomwaffen auf spanischem Boden, Reduzierung der US-Truppen in Spanien. Wie soll denn der militärische und politische Beitrag Spaniens zur Nato konkret aussehen?

GONZALEZ: Jedes Land hat seine eigenen Interessen und muß sie verteidigen. Ich bin überzeugt, daß Spanien

GONZALEZ: Die Armee hat den Nachteil und zugleich den Vorteil, sich nicht öffentlich äußern zu dürfen. So steht es in der Verfassung, und sie hält sich in der Regel auch daran. Die Streitkräfte haben eine Entwicklung vollzogen. Marine und Luftwaffe sind schon immer für die Allianz gewesen, und auch das Heer ist jetzt auf dem Weg dazu. Die Modernisierung der Streitkräfte vollzieht sich parallel zur Nato-Zugehörigkeit Spaniens. Es scheint mir sehr wertvoll, daß unsere Militärs Kontakte zu den europäischen Armeen haben.

SPIEGEL: Trägt das zur Demokratisierung der Streitkräfte und des Offizierskorps bei?

GONZALEZ: Die Streitkräfte haben die Demokratie akzeptiert, das ist hinreichend bewiesen.

SPIEGEL: Gerade die Deutschen beobachten mit besonderer Besorgnis den Ausgang des Referendums. Kanzler Kohl hat König Juan Carlos vergangene Woche deutlich gesagt, daß die Bundesregierung Spanien weiterhin in der Nato sehen möchte. Und Franz Josef Strauß hat seine konservativen Freunde in Spanien zur Nato-Treue ermahnt. Halten Sie solche Schützenhilfe für nützlich?

GONZALEZ: Wir haben niemanden darum gebeten. Aber ich halte sie für vernünftig, denn wir haben eine äußerst wichtige Entscheidung zu treffen. Ich respektiere die Haltung der Europäer voll und ganz, zumal uns seit dem 1. Januar ein gleiches Schicksal verbindet.

SPIEGEL: Herr Ministerpräsident, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

ENGLAND

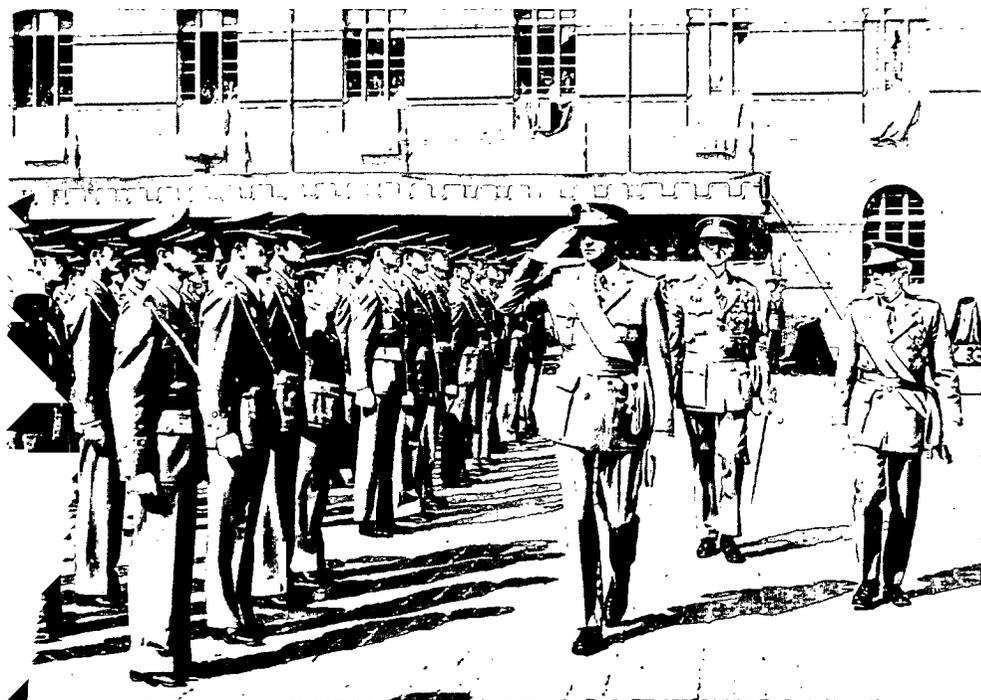
In Stücke blasen

Einst Hobby reicher Lords, ist die britische Zeitungsindustrie heute das Geschäft knallharter Kapitalisten. Mit neuen Techniken brechen sie die Macht der Gewerkschaften.

EKklischee aus einem Film der 40er Jahre. Den obersten Kragenknopf trägt er stets geöffnet. Er liebt es, die Jacke abzulegen. Hemdsärmelig und zupackend, übergewichtig und doch voller Spannkraft – 180 Pfund Energie, die Zigarren passen zum Bild.

Aber statt Geschichten für Zeitungen schreibt Shah Zeitungsgeschichte. „Er ist mit einer elektronischen Trickkiste ins Lager des Feindes eingebrochen“, warnt der Londoner „Guardian“, „und wird die Fleet Street, die wir kennen, in Stücke blasen.“

Shahs Großangriff erfolgt diese Woche. An vier vertriebsgünstigen Orten druckt er seine neue Boulevardzeitung „Today“, um sie mit einer Startauflage von 1,25 Millionen Exemplaren auf den Markt zu bringen.



König Juan Carlos, Militär: „Die Streitkräfte haben die Demokratie akzeptiert“

isationspunkt, um sich zu einer Oppositionsbewegung gegen Ihre Regierung zu vereinigen?

GONZALEZ: Ich habe nichts dagegen, daß sich die Kommunisten zusammenschließen. Denn ich glaube, daß ihre Spaltung nicht gut ist für Spanien. Ich füge noch eine persönliche Überzeugung hinzu: Wenn die Kommunisten mit zehn Prozent im Parlament vertreten wären statt mit vier, würden sie bestimmt nicht nein zur Allianz sagen.

SPIEGEL: Die rechte Opposition ist eigentlich für die Nato. Doch ihr Führer Manuel Fraga Iribarne empfiehlt Stimmenthaltung . . .

GONZALEZ: Alles Manöver gegen die Regierung. Ziel ist es, den Sozialisten die Mehrheit zu nehmen.

SPIEGEL: Ist in diesem Verwirrspiel der Wähler nicht überfordert?

auch so einen guten Beitrag leistet, wenn man seine geostrategische Lage betrachtet.

SPIEGEL: Frankreich, dessen Truppen auch nicht dem Nato-Oberbefehl unterstehen, würde im Ernstfall die Bundesrepublik mitverteidigen. Die spanische Armee auch?

GONZALEZ: Frankreich ist militärisch präsent in Deutschland. Es würde kämpfen, um diese Präsenz zu verteidigen. Im Kriegsfall wird Spanien natürlich dem Westen beistehen wie jedes andere Mitglied und sein Soll erfüllen. Wie und wo, das würden alle Verbündeten gemeinsam definieren. Ich glaube, daß Spaniens Hauptpart darin bestehen wird, das eigene Land wirksam zu verteidigen.

SPIEGEL: Was hält eigentlich die weitgehend von Franco geprägte spanische Armee von der Nato?

Modernste Technik erlaubt Shah einen minimalen Aufwand an Arbeitskräften: nur 500 festangestellte Personen, davon 125 Journalisten, die ihre Storys per Computer direkt ins Blatt tippen. Kürzeste Andruckzeiten und fast unbegrenzter Einsatz von Farbe sind möglich.

Shah baut auf bunte Bilder. „Die letzten Fußballphotos, eine bunte Wetterkarte, die königliche Reise in Farbbildern. So wie die Menschen vom Schwarzweiß- zum Farbfernsehen umschalteten“, glaubt Shah, „wollen sie nun die aktuelle, bunte Zeitung.“

Sein Buntblatt „Today“, 44 Seiten stark, sollen die Leser siebenmal in der Woche kaufen. Die Zeitung peilt als Zielgruppe die aufstrebende Mittelklasse zwischen 20 und 40 Jahren an. „Today“ will auf Skandaljournalismus verzichten und politisch ausgewogen berichten.



Verleger Shah: „Ins Lager des Feindes eingebrochen“



Verleger Murdoch
5700 Mitarbeiter fristlos entlassen

Branchenkennner bezweifeln, daß Shah diese Linie durchhält.

Die Kosten, behauptet Shah, seien schon bei 300 000 verkauften Exemplaren gedeckt. Bei einer Auflage von 1,5 Millionen könne „Today“ sogar ohne Anzeigen Gewinn machen.

Profit geht Shah über alles. Der Mann gehört nicht mehr zu jenem Typ Verleger im Vereinigten Königreich, der eine Zeitung lieber honorabel als profitabel gestalten wollte – und dabei zwar hochangesehen, aber oft auch arm wurde. Englands Zeitungswirtschaft, so der „Economist“, wandelt sich „von einem Hobby für reiche Männer zu einem Geschäft für Unternehmer“.

Es sind knallharte Kapitalisten, die das Kommando von vornehmen Feudalherren übernommen haben. Wo einst ihre Lordschaften Kemsley, Astor und Beaverbrook bestimmten, herrscht heute ein Trio höchst unterschiedlicher Aufsteiger:

▷ Robert Maxwell, 62, Besitzer des „Daily Mirror“ (Auflage: 3,1 Millionen), kam als mittelloser jüdischer Emigrant aus der Tschechoslowakei nach Großbritannien und hat seine erste Million mit Ost-West-Geschäften gemacht.

▷ Rupert Murdoch, 54, Besitzer des Sex-und-Crime-Blattes „Sun“ (Auflage: 4,1 Millionen) und der ehrwürdigen „Times“, stammt aus Australien und hat einen US-Paß; seine Gewinne aus dem englischen Zeitungsgeschäft investiert er in amerikanischen Fernsehstationen.

▷ Eddy Shah, 42, heißt eigentlich Selim Jehane Shah und wurde in Cambridge als Sohn eines Nachkommen der Aga-Khan-Familie und einer Engländerin geboren. Er war Schauspieler und TV-Produzent, ehe er in Manchester mit Lokalzeitungen reüssierte.

Das Erfolgsrezept der drei Aufsteiger läßt sich so zusammenfassen: Einsatz neuer Techniken bei Ausschaltung der alten Gewerkschaften. Kein Wunder, daß die Drucker, zu hundert Prozent gewerkschaftlich organisiert, die neuen Zeitungszaren als Totengräber ihrer Zukunft verteufeln.

Auf der anderen Seite verklären sie die Hobby-Verleger der Vergangenheit fast zu Heiligen. „Lord Astor“, schwärmt ein „Times“-Arbeiter über seinen alten Herausgeber, „pflegte zu uns in die Setzerei zu kommen und hatte für jeden ein gutes Wort: ‚Hallo, Ian, wie geht’s?‘“

Die Schicksale von Arbeitgeber und Arbeitnehmer waren im Londoner Zeitungszentrum Fleet Street immer auf außergewöhnliche Weise miteinander verbunden: Beide profitierten von tech-

nischer Stagnation und hohen Kosten – die Erpressung der Drucker nützte auch den Presselords.

Denn die Stärke der Zeitungsbesitzer gründete sich letztlich darauf, daß die veraltete Technik und der überhöhte Personalstand es jedem Newcomer unmöglich machten, in den Markt einzubrechen – wenn er nicht über zigmillionen Pfund verfügte.

„Eigentümer von Zeitungen“, erklärte die „Financial Times“, „pflügten ihre Rivalen auszuschalten, indem sie die Kosten hochschraubten.“

Nun aber haben mit den Murdochs und Maxwells Rechenspezialisten die Macht übernommen, die ihre Gegner schlagen wollen, indem sie die Kosten verringern. Die Sprengung des Monopols durch die neuen Verleger und die Umwälzung auf dem britischen Pressemarkt ist möglich geworden, weil technische und politische Neuerungen zusammenkommen: Computertechnik erlaubt eine kostensparende und dabei viel schnellere Herstellung von Druckerzeugnissen; neue Gesetze der Thatcher-Regierung ermöglichen die Zähmung der einst übermächtigen Gewerkschaften.

So verbietet das Beschäftigungsgesetz von 1980, andere Unternehmen zu bestreiken als das eigene – was die Verleger anregte, ihre Firmen in verschiedene Gesellschaften aufzuspalten.

In Maxwells „Mirror“ sind drei juristisch selbständige Unternehmen für Telephondienste, für den Inhalt und für den Druck der Zeitung zuständig. Eine Solidarisierung der Drucker mit einem Streik der Redakteure etwa wäre ungesetzlich und könnte mit dem Rausschmiß der Arbeiter geahndet werden.

Maxwells Rivale Murdoch schaffte genau das unter Ausnutzung eines Geset-

zes aus dem Jahre 1982, das Streikanlässe auf Konflikte über Löhne und Arbeitsbedingungen begrenzt.

Ende Januar ordnete der Zeitungstycoon die sofortige Übersiedlung seiner vier Zeitungen („Sun“, „Times“, „News of the World“ und „Sunday Times“) aus dem veralteten Fleet-Street-Gebäude in sein hochmodernes Druckereizentrum im Londoner Stadtteil Wapping an. Gleichzeitig verkündete er, im neuen Betrieb weder Gewerkschaften noch Streiks zu dulden.

Murdochs Fleet-Street-Drucker und -Vertriebsarbeiter begingen den Fehler, gegen dieses Ansinnen in den Streik zu treten. Mit dem Ausstand verstießen sie gegen das Gesetz, und Murdoch konnte 5700 Mitarbeitern fristlos und ohne Entschädigung kündigen.

Die Aktion war eine mit Bedacht gestellte Falle, wie später herauskam: Murdochs Rechtsberater G.W. Richards hatte in einem Brief vom 20. Dezember vorgeschlagen, „der billigste Weg“, Beschäftigte loszuwerden, sei, sie während eines Streiks zu feuern.

Murdochs schmutzige Tricks regen in Großbritannien kaum jemanden auf – vielleicht, weil gerade in den vergangenen Wochen einmal mehr bekannt wurde, wie schamlos die Gewerkschaften im Druckgewerbe für ihre Mitglieder absahnten:

- ▷ Setzer wurden für Arbeiten bezahlt, die sie gar nicht verrichteten, eine Praxis, die schon Ende des vergangenen Jahrhunderts aufgekommen war: Anzeigen werden meist nur einmal gesetzt und gehen dann als feste Form an zahlreiche Zeitungen; bezahlt werden mußten die Setzer aller Blätter, welche die Anzeigen druckten.
- ▷ An Rotationsmaschinen, die in Chicago durchschnittlich von fünf, in Sydney von sechs Arbeitern bedient werden, waren in der Fleet Street 18 Mann beschäftigt; weil die sich gegenseitig behindert hätten, wurde die Anwesenheit in „gespaltenen Schichten“ geregelt – zwei Gruppen von je vier Arbeitsstunden bildeten eine Acht-Stunden-Schicht, bezahlt wurden alle für acht Stunden.
- ▷ Für die Bedienung eines bestimmten Knopfes zur Beschleunigung oder Verzögerung des Tempos an der Rotationsmaschine mußten drei Arbeiter angestellt werden (Mitglieder von drei verschiedenen Gewerkschaften) – obwohl es jenen Knopf seit Jahren nicht mehr gibt.

Solche Zustände sagen freilich genau-schmerzhaft über Britanniens Arbeitgeber aus wie über die Arbeitnehmer. „Die Pressebarone in der Fleet Street“, rügt der Chef der britischen Sozialdemokraten, David Owen, „waren absolut unmöglich. Sie geißelten in ihren Leitartikeln Ineffektivität und Überbesetzung in der Wirtschaft und waren selbst die schlimm-



Iranische Soldaten auf der Halbinsel Fao: „Gott hat die Macht, ihnen zu helfen“

sten Beispiele dafür.“ Die gegenwärtigen Veränderungen im englischen Pressewesen hält Owen für „notwendig und absolut richtig“.

In seinem wie eine Festung gesicherten Druckereizentrum in Wapping bedient sich Murdoch der gleichen Arbeitskräfte, die Shah erstmals für eine Provinzzeitung in Manchester engagiert hatte und die ihm nun „Today“ herstellen: Elektriker und Elektroniker, organisiert in der Gewerkschaft EETPU, brechen die Solidarität mit Druckern und Setzern – Berufen, deren Stunde ohnehin geschlagen hat.

Die einstigen Aristokraten unter Englands Proletariern müssen ohnmächtig zusehen, wie ihre „schwarze Kunst“ ausstirbt – mit der Fleet Street geht ihr Handwerk zugrunde.

Aber der Kampf der Pressezare um den Markt geht weiter. In diesem Monat wollen Maxwell und Murdoch mit einem Gegenschlag auf Eddy Shaws „Today“ herauskommen: Murdoch mit der Abendzeitung „Post“ und Maxwell mit einem Boulevardblatt „Good Day“.

IRAN/IRAK

Einkreisen und aushungern

Mit neuen Offensiven sucht Teheran den Sieg im Golfkrieg.

Seit fünfeinhalb Jahren füttern Irak und Iran ihre Kriegsmaschinen mit Menschen und Material. Sie melden Erfolge und zählen die Leichen der Gegner. Auf irakische Generäle wie iranische Revolutionsführer könnte gemünzt sein, was Karl Marx 1855 über den Krimkrieg schrieb:

Großrednerei, verbunden mit winzigster Aktion, enorme Vorbereitungen und bedeutungslose Resultate, Vorsicht streifend an Ängstlichkeit, gefolgt von Tollkühnheit, wie sie aus Unwissenheit entspringt, mehr als Mittelmäßigkeit bei den Generälen, gepaart mit mehr als Tapferkeit bei den Truppen. Siege, die durch Mißverständnisse gewonnen, Armeen ruiniert durch Nachlässigkeit und wieder gerettet durch sonderbarsten Zufall – ein großes Ensemble von Widersprüchen und Inkonssequenzen.

Geplant war damals ein militärischer Denkwort – heraus kam der erste Grabenkrieg der Weltgeschichte, als Briten und Franzosen 1854 auszogen, um den russischen Zaren zu züchtigen. Seit der Belagerung von Sewastopol gehören Materialschlachten zum Repertoire moderner Heerführer.

Wenig haben die Strategen, deren Handwerk zuweilen als „Kriegskunst“ glorifiziert wird, seither dazugelernt.

Langemarck, wo 1914 eine ganze Generation deutscher Kriegsfreiwilliger falschem Heroismus und mißbrauchter Vaterlandsliebe geopfert wurde, wiederholt sich heute irgendwo in den Haur el-Huweisa-Sümpfen an der Grenze zwischen Iran und Irak. Und das Verdun der achtziger Jahre wird derzeit auf der Halbinsel Fao am Schatt-el-Arab von Zehntausenden Bomben, Raketen und Granaten umgepflügt. In einem der längsten Kriege dieses Jahrhunderts, der weitgehend nach den Regeln des Stellungskriegs von 1916 geführt wird, ist noch kein Ende abzusehen.

Tausende von Pasdaran, islamische Revolutionskrieger, lassen Teherans religiöse Herrscher seit über fünf Jahren gegen schwerbewaffnete Einheiten der technisch besser gerüsteten irakischen Armee anrennen.